

Politischer Jahresbericht

Südliches Afrika 2007/2008



Kapstadt

Regionalbüro Kapstadt, Juni 2007 – Juni 2008

Von Antonie Nord

Juni 2008

Inhalt

Zusammenfassung	3
Länderbericht Südafrika	5
Länderbericht Simbabwe	16
Länderbericht Namibia	23

Zusammenfassung

Südafrika

Präsident Mbeki stand in den vergangenen Monaten oft im Zentrum der Kritik. Ihm wird vorgeworfen, die sozialen und politischen Probleme des Landes und der Region zum Teil verharmlost und nicht vehement genug bekämpft.

Auch angesichts der Welle gewaltsamer Angriffe gegen Migrantinnen und Migranten im Mai 2008 wurde ihm vorgeworfen, zu spät und zu halbherzig reagiert zu haben.

Die innenpolitische Lage in Südafrika war stark durch den Machtwechsel an der Spitze des regierenden ANC geprägt. Dieser führte dazu, dass zwei politische Machtzentren entstanden: Die Regierung unter Thabo Mbeki auf der einen Seite und die Parteiführung des ANC unter Jacob Zuma auf der anderen. Der Kampf um die politische Entscheidungsgewalt zwischen beiden Zentren hatte sowohl negative als auch positive Auswirkungen auf die südafrikanische Demokratie. Zum einen verstärkte sich die Tendenz von Regierung und Partei, in die Tätigkeit der Justiz und unabhängiger staatlicher Organe eingreifen zu wollen. Die Folge waren eine Reihe politischer Skandale und ein sinkendes Vertrauen der Bürger in die Politik. Zum anderen führte die Schwächung der Macht der Regierung Mbeki dazu, dass das südafrikanische Parlament seine demokratische Funktion als Gegengewicht zur Regierung besser als bisher ausgefüllt hat.

Simbabwe

In Simbabwe fanden im März und im Juni 2008 Wahlen statt, die sehr unterschiedlich verlaufen sind. Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Ende März herrschte für einen kurzen Zeitraum ein vergleichsweise großes Maß an politischer Freiheit, das die Opposition MDC für sich nutzen konnte. So verlor die regierende ZANU-PF zum ersten Mal seit der Machtübernahme Robert Mugabes im Jahr 1980 die Mehrheit im Parlament. Auch bei den Präsidentschaftswahlen gewann der Kandidat der Opposition, Morgan Tsvangirai. Er hat jedoch laut simbabwischer Wahlkommission nicht die erforderlichen 50 Prozent erreicht, so dass eine Stichwahl durchgeführt wurde. Vor der Stichwahl im Juni nahmen die staatlichen Repressionen gegen Oppositionelle massiv zu. Eine Gewaltwelle erfasste das Land, staatliche Sicherheitskräfte führten „Strafaktionen“ an Sympathisanten des MDC durch, Menschen wurden gefoltert und ermordet. Dies führte dazu, dass Morgan Tsvangirai seine Kandidatur zurückzog. So fand die Wahl Mugabes, der mit rund 85 Prozent im Amt bestätigt wurde, ohne Gegenkandidaten statt. Nach den Wahlen wurde ein von der „Southern African Development Community“ (SADC) initiiertes Dialog zwischen Regierung und Opposition wieder aufgenommen. Ende Juli wurde ein Abkommen unterzeichnet, in dem sich ZANU-PF und MDC auf Verhandlungen über eine Übergangsregierung verpflichteten.

Namibia

In Namibia hat die Gründung der neuen Oppositionspartei RDP (Rally for Democracy and Progress) für Aufsehen gesorgt. Die SWAPO-Regierung reagierte sehr empfindlich auf die neue parteipolitische Konkurrenz. Dies liegt zum einen darin begründet, dass es sich bei den Führungspersonen der neuen Partei um ehemalige hochrangige SWAPO-Politiker handelt, was die Partei als „Verrat“ ausgelegt hat. Zum anderen befürchtet die SWAPO, dass die neue Partei bei den nächsten Wahlen in ihren Hochburgen im Norden des Landes gut abschneiden könnte, weil die Parteiführung der RDP auf ethnische Loyalitäten in dieser Region setzen kann.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat die strategische Entscheidung gefällt, sich im Südlichen Afrika auf Aktivitäten in den Ländern Südafrika, Simbabwe und Namibia zu beschränken. Daher wird im Folgenden auf die politische Entwicklung in diesen drei Ländern Bezug genommen.

Die Themen im Einzelnen

Länderbericht Südafrika

Zu den wohl am meisten kritisierten Personen Südafrikas zählte im vergangenen Berichtsjahr der Präsident des Landes, Thabo Mbeki. Neben der einheimischen Presse, die schon seit Jahren sehr kritisch über Mbeki berichtet hat, drang in den letzten Monaten zunehmend auch aus den Reihen der Regierungspartei ANC Kritik am Präsidenten an die Öffentlichkeit, ein Novum in der Geschichte der jungen Demokratie. Thabo Mbeki hat sich vom national und international höchst respektierten Staatsmann und intellektuellem Vordenker Afrikas zu einem Politiker entwickelt, dem viele Realitätsverlust und Politikversagen vorwerfen. Die Gründe für diesen beispiellosen Ansehensverlust, der alle gesellschaftlichen Schichten Südafrikas einzuschließen scheint, sind vielfältig. Ein Blick auf die politische Entwicklung der letzten Monate zeigt, welche Faktoren zu der verbreiteten Unzufriedenheit über den Regierungschef der „Rainbow nation“ geführt haben. Diese Entwicklung zeigt allerdings auch, dass es für jeden zukünftigen Regierungschef Südafrikas schwierig werden wird, die Erwartungen der Bevölkerung im Hinblick auf eine schnelle Verbesserung des Lebensstandards zu erfüllen. Denn viele soziale Probleme haben sich in der letzten Zeit verschärft.

Der ANC-Parteitag in Polokwane

Dass Thabo Mbekis Rückhalt innerhalb des ANC erheblich geschrumpft ist, wurde spätestens auf dem Parteitag im Dezember in Polokwane allzu deutlich. Die ANC-Basis erteilte Mbeki eine empfindliche Lektion, indem sie nicht ihn, sondern mit rund 60 Prozent der Stimmen Jacob Zuma zum neuen Parteivorsitzenden wählte. Neben Mbeki wurden auch seine politischen Verbündeten abgestraft: Keiner der derzeitigen Minister schaffte es, in das wichtigste Entscheidungsgremium der Partei, das sechsköpfige „National Working Committee“, gewählt zu werden. Auch wenn viele mit einer Abwahl Mbekis gerechnet hatten, dieser komplette Austausch der Führungselite des ANC war für die meisten Beobachter überraschend. Tumultartige Szenen auf dem Parteitag, heftiger Jubel vieler Delegierter für die Kandidaten des so genannten „Zuma-Lagers“ und das Niederpfeifen und Ausbuhen der Mbeki-Verbündeten führte dazu, dass die südafrikanische Presse von einer „Demütigung des Präsidenten“ und einer „Abrechnung“ mit seiner Politik sprach.

Der ANC-Führungswechsel wurde von vielen als Linksruck der Partei interpretiert. Tatsächlich hatte Jacob Zuma vor allem durch die Unterstützung der mit dem ANC Verbündeten Kommunistischen Partei SACP und des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU die Wahl gewinnen können. Zuma

war zum Hoffnungsträger all derjenigen Parteimitglieder geworden, die sich mehr Umverteilung von Wohlstand an Arme erhoffen, etwa indem die Sozialausgaben des Staates massiv erhöht werden. Allerdings waren entsprechende Vorschläge bereits auf einem programmatischen Parteitag im Juni 2007 angekündigt worden – mit Unterstützung Mbekis und der alten ANC-Führung. Mit radikaleren Forderungen, wie der teilweisen Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, konnte sich der linke Flügel in Polokwane hingegen nicht durchsetzen. Zudem hat Jacob Zuma nach seiner Wahl wiederholt erklärt, dass er an der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik des ANC grundsätzlich nichts ändern will.

Die Frage ist also, warum sich der linke Flügel ausgerechnet auf Zuma als Kandidaten geeinigt hat, einen Politiker, der wegen zahlreicher politischer Skandale, Korruptionsanklagen und einem Vergewaltigungsprozess höchst umstritten ist. Eine mögliche Antwort ist, dass weniger Zuma gewählt, als Mbeki abgewählt wurde: Zuma war der einzige Kandidat, dessen Rückhalt an der Parteibasis groß genug war, um gegen Mbeki anzutreten. Das hat dazu geführt, dass nach und nach immer mehr Parteimitglieder in sein Lager gewechselt sind – zum Schluss sogar die ANC-Frauenliga, die damit empörten Protest südafrikanischer Feministinnen auf sich gezogen hat. Die politische Stärke des Populisten Zuma liegt in seiner Volksnähe, darin, dass er die Sprache der „einfachen Leute“ spricht und ihnen das Gefühl vermittelt, ihre Sorgen ernst zu nehmen.

Dies sind Eigenschaften, die Mbeki nicht hat: Er gilt als abgehoben und arrogant, als jemand, der die Lebensrealität der Mehrheit der Südafrikaner nicht mehr kennt. Immer wieder hat er durch seine „politics of denial“ von sich reden gemacht: durch die Leugnung der Aidskrise, die Leugnung des Kriminalitätsproblems, die Leugnung der Simbabwekrise. Auch Mbekis Führungsstil, der stark an die Leitungsstruktur des Untergrund-ANC im Exil zu Zeiten des Befreiungskampfes erinnert, führte zur Entfremdung vieler Parteimitglieder. Zum einen, weil Personalentscheidungen häufig ohne Konsultation der Partei oder gar Wahl von ihm gefällt wurden. Das Präsidialbüro entschied über die Besetzung aller wichtigen Ämter – von den Vorsitzenden der parlamentarischen Ausschüsse bis hin zu den Premierministerposten der Provinzen¹. Zum anderen, weil Mbeki selbst an umstrittenen und offensichtlich nicht ausreichend qualifizierten Politikern scheinbar bedingungslos festhält, solange diese ihm gegenüber absolut loyal sind. Das bekannteste Beispiel hierfür ist die Gesundheitsministerin Südafrikas, deren Rücktritt nach einer absolut verfehlten Aidspolitik, zahlreichen öffentlichen Entgleisungen und öffentlich gemachter Vorteilsnahme im Amt national und international gefordert wird. Nach Meinung der meisten ANC-Insider war es vor allem diese Patronagepolitik Mbekis sowie seine Abkopplung von der Basis, die zu dem Ergebnis von Polokwane geführt haben: „The uprising (leading to Polokwane) was over his leadership style; that was the general fight, far more than an ideological one“².

Für die weitere Konsolidierung der südafrikanischen Demokratie kann der Ausgang von Polokwane unterschiedlich interpretiert werden. Auf der einen Seite sehen viele Beobachter die Wahl des programmatisch unberechenbaren Zulu-Traditionalisten und bekennenden Polygamisten Jacob Zuma als Rückschritt in der demokratischen Entwicklung des Landes.

Zum anderen zeigt die Abwahl Mbekis, dass der ANC sich endgültig von einer militärischen Befreiungsbewegung, in der steter Gehorsam gilt, zu einer Partei gewandelt hat, in der Führungspersonen demokratisch abgewählt werden können, selbst, wenn sie Staatspräsident sind. Das neue Selbstbewusstsein des ANC hat sich scheinbar auch auf Mitglieder des Parlaments übertragen. So ließ sich nach Polokwane beobachten, dass das Parlament von seiner Rolle als Korrektiv der Regierung deutlich mehr Gebrauch machte als in der Vergangenheit. Verschiedene, von der Regierung eingebrachte Gesetzesvorhaben, wie die „Traditional Courts Bill“, die vor allem von Feministinnen heftig kritisiert wird, wurden von den Parlamentariern zwecks Nachbesserung an die entsprechenden Ministerien zurückgewiesen. Es bleibt zu hoffen, dass dies nicht nur auf den Anti-Mbeki-Faktor zurückzuführen ist, sondern dass das Parlament auch unter einem neuen Präsidenten seinen Ruf als bloße „rubber stamp institution“ überwinden kann.

Der Machtkampf im ANC und die Unabhängigkeit staatlicher Organe

Seit Polokwane existieren zwei politische Machtzentren in Südafrika: die ANC-Regierung auf der einen Seite und die ANC-Parteiführung auf der anderen. Obgleich Jacob Zuma bei öffentlichen Auftritten wiederholt die Einheit der Partei beschworen hat, ist es offensichtlich, dass zwischen beiden Zentren ein Machtkampf ausgebrochen ist, der auf verschiedenen Ebenen ausgetragen wird. Neben zu erwartenden personellen Veränderungen – so wurden beispielsweise Schlüsselpositionen im Parlament neu besetzt³ – scheint sich die Tendenz zu verstärken, dass Regierung und Partei in die Tätigkeit unabhängiger staatlicher Organe und der Justiz einzugreifen versuchen. Dies zeigen zwei Beispiele:

Die vom ANC geforderte Abschaffung der Spezialeinheit „Directorate of Special Operations“, genannt die „Scorpions“ und die von Mbeki betriebene Absetzung des Leiters der Generalstaatsanwaltschaft, Vusi Pikoli.

Die geplante Abschaffung der „Scorpions“

Die Scorpions sind eine Spezialeinheit zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die direkt bei der südafrikanischen Generalstaatsanwaltschaft (National Prosecution Authority, NPA) angesiedelt ist. Die Einheit wurde 1999 ins Leben gerufen und gilt – ganz im Gegensatz zur

südafrikanischen Polizei – als schnell und äußerst erfolgreich. Ein Grund dafür ist, dass sie finanziell deutlich besser ausgestattet ist als die Polizei sowie an dem besseren Ausbildungs-niveau der Mitarbeiter. Aufgrund von Unklarheiten bezüglich des Mandats der Scorpions, vor allem in Abgrenzung zur Arbeit der südafrikanischen Polizei, wurde 2005 eine Sonderkommission eingesetzt, die 2006 im Grundsatz die Beibehaltung der Scorpions als eine von der Polizei unabhängige Einheit empfahl⁴. In der Öffentlichkeit sind die Scorpions vor allem im Zusammenhang mit der Strafverfolgung hochrangiger ANC-Mitglieder bekannt geworden. So waren es Einheiten der Scorpions, die 2005 im ersten Korruptionsverfahren gegen Jacob Zuma die Beweise sammelten und die Hausdurchsuchungen durchführten. Führende ANC-Politiker haben den Scorpions daraufhin vorgeworfen, politisch motiviert zu agieren. Dass die neue ANC-Führung in Polokwane eine Resolution zur Abschaffung der Scorpions verabschiedete, hat dennoch viele überrascht. Die Resolution löste einen Aufschrei in der Öffentlichkeit aus, das Thema „Scorpions“ dominierte die südafrikanischen Medien wochenlang. Der Eindruck, dass der ANC die Scorpions abschaffen will, weil sie für einige Parteimitglieder zur Bedrohung geworden sind, beherrschte die politischen Kommentare: „The scorpions will be closed down. The real reason can only be their effectiveness in combating organized crime whether or not ANC high-flyers are involved. The dominant position within the ANC seems to be that only some suspects may be prosecuted –

not those with ANC positions”⁵. Wenige Tage nachdem Präsident Mbeki sich gegen die Abschaffung der Scorpions aussprach, kündigte sein Minister für Innere Sicherheit, Charles Nqakula, im Parlament ihre Auflösung an. Dies muss allerdings noch vom Parlament bestätigt werden.

Die Absetzung des Generalstaatsanwalts

Die Absetzung von Vusi Pikoli, Generalstaatsanwalt und Chef der NPA, war wahrscheinlich der größte politische Skandal der vergangenen Monate. Der Fall ist aus folgenden Gründen besonders besorgniserregend. Er zeigt, wie verbreitet Bestechlichkeit und Korruption in Südafrika sind und dass auch die Polizei darin verwickelt ist. Und er verdeutlicht, dass die Regierung im Zweifelsfall nicht davor zurückschreckt, in ein laufendes Strafverfahren einzugreifen und damit die Unabhängigkeit der Justiz zu untergraben.

Vusi Pikoli, ehemaliger Generalstaatsanwalt und Chef der „National Prosecuting Authority“ NPA wurde im September 2007 von Thabo Mbeki suspendiert, nachdem er einen Haftbefehl gegen den Chef der südafrikanischen Polizei, Jackie Selebi, ausgestellt hatte. Selebi, ein enger Freund Mbekis aus Zeiten des politischen Exils in Lusaka und ehemaliger UN-Botschafter Südafrikas in Genf, war zu der Zeit gleichzeitig Chef von Interpol – daher zog die Affäre auch international Aufsehen auf sich.

In Südafrika war der Polizeichef bereits seit längerem ins Gerede gekommen, nachdem er enge Kontakte zu dem Chef eines Verbrechersyndikats und mutmaßlichen Mörders eingeräumt hatte. Die Vermutung, dass der Polizeichef von dieser Freundschaft auch finanziell profitiert und dafür Gegenleistungen erbracht hatte, wurde in der Presse schon lange kolportiert. Dem Generalstaatsanwalt lagen dazu offensichtlich Beweise vor, die die Grundlage für den Haftbefehl bildeten. Mbeki, der vor der geplanten Verhaftung des Polizeichefs informiert wurde, suspendierte nun aber den Generalstaatsanwalt – der Polizeichef hingegen verblieb im Amt. Als Grund für die Suspendierung Pikolis gab Mbeki an, dass das Vertrauensverhältnis zwischen dem Generalstaatsanwalt und der ihm vorgesetzten Justizministerin beschädigt sei. In einer eingesetzten Untersuchungskommission gab der Generalstaatsanwalt zu verstehen, dass seiner Ansicht nach der wirkliche Grund für seine Suspendierung der Versuch Mbekis gewesen sei, Selebi zu schützen. Die Öffentlichkeit glaubte der Version Pikolis, und Mbekis Glaubwürdigkeit hatte erneut stark gelitten. Die Financial Mail schreibt zu dem Vorfall: „With the decision to act against Pikoli and not Selebi, Mbekis integrity took the ultimate drive. What caused Mbeki to sacrifice his integrity and his legacy to protect Selebi – when he must have realised it could only be temporary – is still unanswered“⁶.

Tatsächlich musste der Polizeichef im Januar 2008 zurücktreten, nachdem der neue General-

staatsanwalt ihn wegen Korruption, Betrugs, Geldwäsche und der Behinderung von Ermittlungen angezeigt hatte. Neben der Korruptionsaffäre um Jacob Zuma hat die Verwicklung des hochdekorierten Polizeichefs Südafrikas in kriminelle Geschäfte dem Ruf des Landes erheblich geschadet. Noch problematischer ist allerdings, dass es das ohnehin geringe Vertrauen der Bevölkerung in die Leistungsfähigkeit und Integrität der Polizei weiter untergraben hat.

Xenophobie und fremdenfeindliche Ausschreitungen

Im Mai 2008 wurde Südafrika von einer Welle der Gewalt gegen Migranten erschüttert, die in dieser Heftigkeit und in diesem Ausmaß neu sind für die junge Demokratie. Nach Angaben der Polizei wurden insgesamt über 60 Personen ermordet, hunderte Menschen, darunter auch Frauen und Kinder, angegriffen, vergewaltigt, ihre Häuser niedergebrannt, ihr Hab und Gut geplündert. Betroffen waren vor allem Afrikaner aus Nachbarländern Südafrikas wie Simbabwe und Mosambik, aber auch Menschen aus entfernteren Ländern wie Nigeria und Somalia sowie wenige Südafrikaner. Bis zu 70.000 Menschen waren unmittelbar nach den Angriffen auf der Flucht innerhalb Südafrikas, kampierten in Notunterkünften, Kirchen und Polizeistationen. Weitere Tausende sind in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Mosambikanische Behörden sprechen von über 30.000 Personen, die seit Aus-

bruch der Unruhen nach Mosambik gekommen sind. Nachdem die südafrikanische Polizei die aufgeheizte Situation nicht vollständig eindämmen konnte, hat Präsident Thabo Mbeki in der zweiten Woche nach Ausbruch der Unruhen einem Einsatz der Armee in den betroffenen Vierteln zugestimmt. Dadurch konnte die Lage vorerst beruhigt und die Gewalt gestoppt werden.

Begonnen hatten die Attacken gegen Migranten in einem Township in Johannesburg, Alexandra, das genau neben dem reichen Stadtteil Sandton liegt und so zu einer Art Symbol des krassen Wohlstandsgefälles in Südafrika wurde⁷. Die Menschen, die hier in der Nacht des 11. Mai angegriffen wurden, waren zumeist Simbabwer oder Mosambikaner. Ihre Hütten wurden niedergebrannt, viele von ihnen wurden verprügelt, zahlreiche Menschen starben. Die Täter gingen dabei durchaus mit einer gewissen Systematik vor: sie durchkämmten einen Block nach dem nächsten und griffen gezielt Afrikaner aus den Nachbarländern an, die sie mittels Sprachtests identifizierten⁸. Den Anführern schloss sich ein Mob aus Mitläufern an, die die Situation ausnutzten, indem sie die Hütten der Vertriebenen plünderten. Dieses Muster hat sich wenige Tage später in anderen Slumvierteln Johannesburgs wiederholt, und in den folgenden Wochen breitete sich die Gewalt auch auf arme Gegenden in Kapstadt und Durban aus.

Nachdem die Zahl der Flüchtlinge immer größer wurde, begann die südafrikanische Regierung mit der Errichtung von provisorischen Auffanglagern. Mit Unterstützung des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) wurden Zeltlager aufgebaut, bei Kapstadt wurden auch Stadtteilzentren und Hotelressorts zur Unterbringung der Flüchtlinge genutzt. Obwohl eine Grundversorgung mit Nahrungsmitteln, Decken und Hygieneartikeln organisiert wurde – was ohne die Mitarbeit von NGO, Kirchen und unzähligen Freiwilligen nicht möglich gewesen wäre – waren und sind die Zustände in den meisten Camps mangelhaft. Vor allem die Kälte und die Feuchtigkeit des südafrikanischen Winters setzt den Flüchtlingen in den ungeheizten Zelten zu, so dass viele erkrankt sind, vor allem Kinder.

Die Frage, die sich nun viele Menschen stellen, ist die nach den Ursachen. Was hat diesen Gewaltausbruch hervorgerufen? Gab es Warnungen, die die Regierung ernst nehmen müssen?

Die meisten Erklärungsversuche, vor allem von Seiten des ANC und der Regierung, nennen als Hauptgrund für die Gewaltwelle die nach wie vor krasse Armut vieler Südafrikaner: Die Ursache der Angriffe auf Ausländer wird als „Kampf um knappe Ressourcen“ beschrieben. Und es steht außer Frage, dass die miserablen Lebensumstände der Armen eine Rolle spielen: Die Frustration derjenigen, die auch 14 Jahre nach den ersten freien Wahlen in Südafrika noch immer in

notdürftigen Hütten leben, oft ohne Strom oder fließendes Wasser, ist groß. Wegen ihrer schlechten Schulbildung haben diese Menschen meist keine Chance, auf dem regulären Arbeitsmarkt einen Job zu finden und an Südafrikas Wirtschaftsboom teilhaben zu können. In dieser Situation werden Ausländer leicht zu Sündenböcken gemacht, die für alles Übel in den Townships verantwortlich sein sollen: die Kriminalität, die Arbeitslosigkeit, der mangelnde Wohnraum, HIV und Aids.

Die meisten Experten sind sich darüber einig, dass die Armut allein als Erklärungsmuster nicht ausreicht. Die Tatsache, dass vor allem Menschen mit dunkler Hautfarbe angegriffen wurden, die Methodik der „Sprachtests“, die Systematik, mit der vorgegangen wurde, zeigt, dass dies keinesfalls nur spontane Verteilungskämpfe gewesen sind: „There is nothing spontaneous about these attacks. If anything, it appears that they are part of a well organized campaign that targets foreigners living in some of South Africa's poorest communities....“⁹. Auch wenn die Regierung es nur ungern so nannte: Die Angriffe waren rassistisch motiviert, die Hautfarbe und der Akzent der Opfer waren entscheidend, nicht der soziale Status oder das Einkommen. Es wurden ganz verschiedene Gruppen von Ausländern angegriffen: jene, die seit Jahren integriert in Südafrika leben und zum Teil mit südafrikanischen Partnern verheiratet sind, erfolgreiche Kleinunternehmer ebenso wie Wanderarbeiter und Arbeitslose, Männer, Frauen, Kinder. Ent-

scheidend war die Wahrnehmung ihres „Fremdseins“.

Fremdenfeindlichkeit ist kein neues Phänomen in der Geschichte des demokratischen Südafrika. So hat beispielsweise das Southern African Migration Project (SAMP) schon seit Jahren Einstellungen gegenüber Ausländern in Südafrika untersucht und belegt, dass es eine tief verwurzelte Fremdenfeindlichkeit in der „Rainbow nation“ gibt, die quer durch alle gesellschaftlichen Schichten geht. Sozialpsychologen führen diese Ablehnung alles als fremd wahrgenommenen teilweise auf die Isolation während der Apartheidzeit zurück, während der kaum Kontakt zu Bewohnern anderer Teile Afrikas geduldet war. Andere gehen so weit, von einer Art Verinnerlichung der Apartheidsideologie zu sprechen, in der Trennungen zwischen den Bevölkerungsgruppen Südafrikas, wie den Zulu und den Xhosa, überbetont und Ressentiments künstlich geschürt wurden.

Dies wird jedoch offiziell nicht thematisiert. Selbst gewaltsame Vorfälle gegen Ausländer wurden in der Vergangenheit von offizieller Seite häufig als „normale Kriminalität“ abgetan, ein fremdenfeindlicher Hintergrund hingegen negiert. So etwa, als 2006 in Kapstadt innerhalb weniger Monate 30 Somalis umgebracht wurden, meistens erfolgreiche Besitzer kleiner Ladengeschäfte. Die von Migrantenorganisationen eingeforderten Gegenmaßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit oder eine proaktive Integrationspolitik,

wurden hingegen nicht oder nur zögerlich eingeleitet.

Auf die Vorfälle im Mai hat die Regierung zwar reagiert – aber zu spät und zu halbherzig. Trotz steigender Opferzahlen hat Präsident Mbeki alle Auslandsreisen wie geplant durchgeführt und sich nicht an den Orten des Geschehens blicken lassen. Erst zwei Wochen nach Beginn der Attacken, bei einer Fernsehansprache anlässlich des Africa Days am 25. Mai und nach massivem öffentlichem Druck, verurteilte er die Angriffe scharf.

Auf Provinzebene sind inzwischen verschiedene Programme angelaufen, die eine Rückkehr der Flüchtlinge in die alten Wohnviertel ermöglichen sollen. Von denen, die nicht in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind, sind viele notgedrungen bereit, wieder in die Townships zu ziehen. Unterstützt werden sie von südafrikanischen Sozialarbeitern und vom UNHCR. In einigen Gemeinden scheint das zu funktionieren. In Masisiphumelele bei Kapstadt hat sich eine Delegation der Townshipbewohner bei den Flüchtlingen entschuldigt und hilft nun bei der Wiedereingliederung.

Ob dies allerdings überall so gelingt, ist fraglich. Denn die Angriffe gegen Fremde waren auch ein Ausdruck der Kultur der Gewalt der südafrikanischen Gesellschaft, die vorerst fortbesteht. Unter ihr leiden vor allem Frauen in Südafrika, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. So schreibt die Autorin Romi Fuller: „Xenophobia is a form of

violence and violence is the norm in South Africa. Violence is an integral part of the social fabric. Violence against migrants/refugees and violence against women are two forms of violence that are viewed with horror by the general public and outside world but are, in fact, normalised ways in which South African society interacts with minority and vulnerable groups”¹⁰.

Die Energiekrise und ihre Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation

Ein weiteres wichtiges Thema des Berichtsjahres – für die südafrikanische Wirtschaft vielleicht sogar das Wichtigste – ist die Energiekrise, die zu Beginn des Jahres die Schlagzeilen beherrschte. Die unregelmäßigen Stromausfälle, unter denen Südafrikaner seit mindestens zwei Jahren leiden, haben sich zu Beginn des Jahres zu einer akuten Versorgungskrise zugespitzt. Im ersten Quartal des Jahres 2008 musste der nationale Stromversorger Eskom regelmäßig ganze Stadtteile für Stunden vom Stromnetz nehmen, um es zu entlasten, und einen kompletten „blackout“ zu verhindern. Für private Verbraucher hatte das teils unangenehme und teils schwerwiegende Folgen: Verkehrschaos wegen ausgefallener Ampeln, Straßen und Häuser ohne Beleuchtung, ausgefallene Alarmsysteme, Krankenhäuser, die nur dürftig mit Notstromaggregaten arbeiten konnten. Besonders hart traf das die Menschen in den ärmsten Wohngebieten Südafrikas, den so genannten Townships. Hier ist

die Straßenbeleuchtung nachts oft die einzige Lichtquelle. Wenn die ausfällt, steigt die Gefahr gewaltsamer Übergriffe.

Aber auch die Wirtschaft wurde von den Abschaltungen schwer getroffen – vom kleinen Lebensmittelhändler, dessen Waren ruiniert wurden, bis zu den großen Bergbaukonzernen. Einige der größten Gold- und Platinproduzenten mussten im Januar fünf Tage lang die komplette Produktion stoppen, was zu Millionenverlusten führte. Dies brachte die Gewerkschaften in Alarmbereitschaft, die um die Arbeitsplätze im Bergbausektor fürchten. Insgesamt wuchs die südafrikanische Wirtschaft im ersten Quartal 2008 nur um 2,1 Prozent, das ist weniger als die Hälfte des Wachstums des gleichen Zeitraums im Vorjahr (5,3 Prozent)¹¹. Auch wenn sich die Wachstumszahlen im zweiten Quartal wieder etwas erholt haben, wird das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts Südafrikas 2008 voraussichtlich knapp unter vier Prozent bleiben (2007 betrug es 5,1) – und dies ist hauptsächlich eine Folge der Energiekrise.

Als Erklärung führte der Stromversorger Eskom mass gewordene Kohlevorräte sowie unvorhergesehene Wartungsarbeiten in den Kraftwerken an. Dies mag zu einer akuten Zuspitzung der Lage geführt haben, die eigentliche Ursache des Problems ist jedoch viel grundsätzlicher: Das staatliche Monopolunternehmen kann den Energiebedarf einer seit Jahren wachsenden Wirtschaft nicht mehr decken. So ist der Strom-

verbrauch seit 1994 um etwa 50 Prozent gestiegen. Neben der boomenden Industrie ist dies auch eine Folge der Elektrifizierung von Regionen, die während der Apartheid systematisch vernachlässigt worden waren. Obwohl Experten die Regierung schon Ende der 1990er Jahre auf den drohenden Energieengpass hingewiesen hatten, wurden wichtige Investitionen verschlafen. Die Regierung entschied im Jahr 2000, nicht in neue Kraftwerke zu investieren, sondern stattdessen auf private Investoren aus der Energiebranche zu setzen. Da der Strompreis gleichzeitig niedrig gehalten wurde, blieben die privaten Investoren jedoch aus. Die Regierung reagierte darauf nicht. Zudem machte Eskom mit Missmanagement, verschleppten Wartungsarbeiten und einem mangelhaften Management der Kohlevorräte Schlagzeilen.

Der Krisenplan, den die Regierung im Januar 2008 zur Überwindung der Energiekrise vorgelegt hat, umfasst eine Reihe von kurz- und langfristigen Maßnahmen, die im Prinzip auf mehr Energiesicherheit durch Diversifizierung der Stromproduktion abzielen, nicht jedoch auf mehr Nachhaltigkeit in der Energiegewinnung. Bisher gewinnt Südafrika über 90 Prozent seiner Energie aus Kohle, weitere wichtige Energielieferanten sind ein Kernkraftwerk bei Kapstadt sowie Hydropower aus Mosambik. Zukünftig soll zum einen an der Kohle festgehalten werden – mit dem Bau von zwei neuen Kohlekraftwerken wurde bereits begonnen. Zum anderen soll die Energiegewinnung durch Kohle aber massiv durch

Atomstrom ergänzt werden. So sind bis zu fünf neue Kernkraftwerke in Planung, die, sollte das realisiert werden, etwa die Hälfte der in Südafrika zusätzlich benötigten 40.000 MW produzieren würden. Das erste Atomkraftwerk, das von einem französisch-amerikanischen Konsortium gebaut werden wird, soll bereits 2016 ans Netz gehen. Wegen der immensen Kosten der neuen Kernkraftwerke – Schätzungen liegen zur Zeit bei 180 Milliarden Rand (derzeit rund 15 Milliarden Euro) für den ersten Reaktor¹² - ist es allerdings fraglich, ob die Pläne für weitere Reaktoren jemals umgesetzt werden. Das Kostenargument wird die südafrikanische Öffentlichkeit in den kommenden Jahren sehr beschäftigen, denn die Strompreise sollen auf ein marktgerechtes Niveau angehoben werden, um mindestens 60 Prozent. Da die Verbraucher bereits jetzt unter hohen Energie- und Nahrungsmittelpreisen leiden, werden alle Investitionen der Regierung und von Eskom im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit von den Medien argwöhnisch begutachtet werden¹³.

Der von der Regierung anvisierte Anteil der erneuerbaren Energien an der zukünftigen Stromgewinnung liegt nur bei 4 Prozent (bis 2013) - obwohl Experten Südafrikas Potential für erneuerbare Energien deutlich höher einschätzen¹⁴. Insgesamt rangieren Umweltgesichtspunkte in der aktuellen Planung sehr weit unten. Obgleich das südliche Afrika eine der Regionen ist, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sein werden, und das Land immerhin an Platz 13 der

weltweit größten Treibhausgasemittenten steht, spielt die Reduktion des Kohlendioxidausstoßes nur eine sehr marginale Rolle in der neuen Energiepolitik des Landes.

Fazit

2007 war kein gutes Jahr für Präsident Mbeki. Gilt das auch für die südafrikanische Demokratie? Zum einen ist angesichts der vielen politischen Skandale und des schlechten Krisenmanagements der Regierung das Vertrauen der Bürger in staatliche Institutionen weiter gesunken. Das Gefühl, dass sich keiner um die Lebensumstände der Armen wirklich kümmert, dass nur eine sehr kleine Mittel- und Oberschicht vom Wirtschaftswachstum Südafrikas profitieren, wird wahrscheinlich auch weiterhin zu gewaltsamen Protesten führen. Es gibt allerdings bisher keine Anzeichen, dass sich die Enttäuschung der Bürger über die Leistungsfähigkeit der Regierung auf den ANC überträgt. Die Identifikation mit dem ANC ist nach wie vor enorm groß und die Partei wird mit aller Wahrscheinlichkeit die Parlamentswahlen im kommenden Jahr mit einer großen Mehrheit gewinnen. Sollte Jacob Zuma dann Präsident Südafrikas werden – und zurzeit ist das nicht unwahrscheinlich – wird er allerdings zeigen müssen, dass er die Probleme des Landes besser bewältigen kann als sein Vorgänger. Denn dem Volk das Gefühl zu vermitteln, dass man seine Sorgen versteht,

reicht als Regierungsoberhaupt auf die Dauer nicht aus.

Positiv für die südafrikanische Demokratie ist, dass der neue Präsident nicht mehr ganz so eigenmächtig regieren können wird wie sein Vorgänger. Die in Polokwane beschlossenen Reformen werden im günstigen Fall bewirken, dass die Partei häufiger in Entscheidungen einbezogen wird als bisher und der Regierungschef dadurch ein stärkeres Gegengewicht hat. Eine entscheidende Frage ist, wie sich das südafrikanische Parlament weiter entwickeln wird. Wenn das neue Selbstbewusstsein des Parlaments nicht nur eine Momentaufnahme wäre, die nach einer Machtübernahme Zumas vorbei ist, wäre das ein gutes Vorzeichen für die Demokratie Südafrikas.

Länderbericht Simbabwe

Die Wahlen in Simbabwe – sowohl die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 29. März 2008 als auch die Stichwahlen am 27. Juni – haben eine enorme internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Der Grund für das große Interesse bei den ersten Wahlen war, dass es zum ersten Mal seit der Machtübernahme Robert Mugabes im Jahr 1980 möglich schien, dass der langjährige Diktator die Wahlen verlieren könnte. Die Regierungspartei ZANU-PF schien durch die Kandidatur Simba Mokonis,

eines ehemaligen Mugabe-Ministers, geschwächt zu sein, die ökonomische Krise hatte den Rückhalt für die Regierungspartei selbst in ihren Hochburgen schrumpfen lassen und auf den Wahlkampfveranstaltungen des Oppositionskandidaten Morgan Tsvangirai erschienen plötzlich wieder Tausende von Anhängern. Bekanntermaßen hat die Opposition dann zwar tatsächlich die Parlamentswahlen knapp gewonnen, aber bei den nach wochenlangem Warten endlich bekannt gegebenen Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen konnte Tsvangirai trotz des Vorsprungs vor Mugabe nicht die erforderlichen 50 Prozent Stimmen erringen. Daher wurde eine Stichwahl zwischen ihm und dem Präsidenten angesetzt. Das Interesse bei der zweiten Wahl war ebenfalls sehr groß, weil nun die ganze Welt Zeuge davon wurde, wie das Mugabe-Regime Mittels Gewalt seine Macht abzusichern versuchte. Der Sieg Mugabes am 27. Juni 2008 in einer Wahl ohne Gegenkandidaten wurde weder von den regionalen Wahlbeobachtern noch von der Mehrheit der internationalen Gemeinschaft als legitim anerkannt.

Inzwischen ist es offensichtlich, dass die vergleichsweise fairen Bedingungen für die Opposition bei den Wahlen im März nicht auf die Einsicht Mugabes und der ZANU-PF-Führung zurückzuführen waren, sich zumindest ansatzweise an internationale Standards für freie und faire Wahlen halten zu müssen, sondern vielmehr auf einer Fehleinschätzung beruhten. Anscheinend waren Mugabe und seine Berater davon ausge-

gangen, dass das MDC nicht stark genug sei, landesweit die Wahlen zu gewinnen. Nach dem überraschend guten Abschneiden des MDC in den ersten Wahlen hat das Regime dann einen Kurswechsel vorgenommen und eine Strategie eingeschlagen, die eine Machtübergabe an die Opposition um jeden Preis verhindern sollte.

Die Wahlen vom 29. März 2008

Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Ende März 2008 hatte Robert Mugabe zum ersten Mal in seiner Amtszeit zwei wichtige Gegenkandidaten: den langjährigen Oppositionsführer Morgan Tsvangirai und einen Herausforderer aus den eigenen Reihen: Simba Makoni, ehemaliger Finanzminister der ZANU-PF Regierung. Die Kandidatur Makonis war weniger wegen der Popularität des Kandidaten bedeutsam für den Wahlausgang – Makoni hatte sich zu spät für die Abspaltung von seiner Partei und die Aufstellung als unabhängiger Kandidat entschieden, um tatsächlich Chancen bei einer landesweiten Wahl haben zu können. Aber Makonis Alleingang und seine Kritik an der Wirtschaftspolitik des Regimes machte den Wählern deutlich, wie gespalten die ZANU-PF ist und offenbarte dadurch ihre Schwäche. Das bestärkte viele Zweifler in den unteren Rängen der Regierungspartei, die sich daraufhin ebenfalls als unabhängige Kandidaten aufstellen ließen: die einheitliche ZANU-PF-Front hatte angefangen zu bröckeln, mehr und mehr Wähler wagten es, sich

ganz von der Partei abzuwenden. So hat die Kandidatur Makonis am Ende weit weniger zu der Aufsplitterung der Oppositionsstimmen geführt, als viele befürchtet hatten. Es sieht vielmehr so aus, als habe sie der oppositionellen MDC und Morgan Tsvangirai genutzt.

Der wichtigste Grund für den Wahlsieg der Opposition war jedoch der wirtschaftliche Niedergang des Landes. Simbabwe hatte vor den Wahlen mit 150.000 Prozent bereits die höchste Inflationsrate der Welt, inzwischen liegt sie offiziell bei 165.000 Prozent, nach Meinung unabhängiger Experten bei unvorstellbaren zwei Millionen Prozent (Juni 2008)¹⁵. Die Arbeitslosigkeit liegt bei rund 85 Prozent und die Lebenserwartung ist auf 36 Jahre zurückgegangen. In simbabwischen Städten war und ist fast alles knapp, was zum Leben notwendig ist: Nahrungsmittel, Medikamente, Strom, Wasser, Benzin. Einiges ist zwar auf dem Schwarzmarkt erhältlich, kaufen kann dort in der Regel aber nur, wer von Verwandten oder Freunden aus dem Ausland finanziell unterstützt wird – die meisten anderen sind auf Tauschgeschäfte angewiesen. Glücklicherweise schätzen sich diejenigen, die Zugang zu harter Währung haben. Benzin ist oft nur noch gegen US-Dollar zu haben. Dieser kleine Kreis setzt sich im Wesentlichen aus hohen Militärs und Mitgliedern der regierenden ZANU-PF zusammen. Ein offenes Geheimnis des lange erfolgreichen Machtapparats Mugabes war sein ausgeklügeltes Patronagesystem, das den Sicherheitsapparat und die Parteioberen bei Laune halten soll.

Wesentlich schlechter als der Stadtbevölkerung geht es den Menschen in abgelegenen ländlichen Gebieten, in denen es keinen parallelen Markt gibt, auf dem das Lebensnotwendige gekauft oder eingetauscht werden kann.

Vielfach gibt es nicht einmal mehr genug Mais, um eine Basisversorgung zu ermöglichen. Zu Beginn des Jahres waren über vier Millionen Simbabwe nicht in der Lage, sich ohne internationale Hilfe zu ernähren. Die Mangelernährung erhöht das Risiko, an einer der Folgekrankheiten von HIV und Aids zu sterben, laut WHO hier die häufigste Todesursache. Gründe für die Nahrungsmittelknappheit in der einstigen „Kornkammer“ des südlichen Afrika sind zum einen der Zusammenbruch der kommerziellen Landwirtschaft als Folge einer völlig verfehlten und für Mugabes Günstlingswirtschaft missbrauchten Landreform. Zum anderen haben die heftigen Regenfälle und Überschwemmungen Ende 2007 viele der verbliebenen Anbauflächen zerstört, Saatgut wurde von den Wassermassen ausgewaschen.

Ironischerweise war gerade der Mangel an Nahrungsmitteln in der Vergangenheit einer der Gründe für die Wahlerfolge Mugabes. Organisationen wie das „Zimbabwe Peace Project“ haben seit Jahren Beweise gesammelt die belegen, dass Getreidelieferungen und andere Hilfsgüter nach politischen Kriterien vergeben wurden. In Simbabwe ist es ohnehin eine Binsenweisheit, dass man ohne einen ZANU-PF Mitgliederaus-

weis meistens nicht Mal auf die Listen für die Hilfslieferungen kommt. In diesem System spielen die „Chiefs“, die Oberhäupter in den Dörfern, eine wichtige Rolle. Sie profitieren durch Lieferungen von landwirtschaftlichen Geräten, Traktoren oder Saatgut von ihrer Loyalität gegenüber der Regierungspartei – im Gegenzug stellen sie sicher, dass im Dorf „korrekt“ gewählt wird. Obwohl es auf dem Land lange Zeit noch eine große Anzahl überzeugter ZANU-PF-Anhänger gab – sei es wegen der erfolgreichen Regierungspropaganda, sei es aus Dankbarkeit für die Befreiung von der Unterdrückung durch das rassistische Ian Smith Regime – sind sich viele Beobachter darin einig, dass Mugabe ohne sein Patronagesystem auch die letzten Wahlen kaum noch hätte gewinnen können. Doch Anfang 2008 hatte sich die Lage auf dem Land so verschlechtert, dass trotz der gelegentlichen „Geschenke“ des Regimes die Zahl derer wuchs, die der Propaganda Mugabes nicht mehr glaubte.

Ein weiterer Grund dafür, dass bei dieser Wahl das Machterhaltungssystem der ZANU-PF nicht so funktioniert hat, wie es das Regime von vorangegangenen Wahlen gewohnt war, waren die besseren Wahlkampfmöglichkeiten der Opposition. Dies war ein bescheidener Erfolg der Vermittlungsbemühungen der Southern African Development Community (SADC). Die SADC hatte 2007 einen Prozess ins Leben gerufen, bei dem Thabo Mbeki als Vermittler zwischen MDC und ZANU-PF eingesetzt wurde, um den Weg zu freien und fairen Wahlen in Simbabwe zu ebnen.

Die Opposition hatte dabei einige Zugeständnisse gemacht, aber auf der anderen Seite die Lockerung von repressiven Gesetzen erreicht. So war es dem MDC erstmalig möglich, auch auf dem Land Wahlkampfveranstaltungen abzuhalten, MDC-Politiker durften in der Presse zitiert werden und die politische Gewalt hatte deutlich abgenommen.

Der MDC hat von dieser kurzfristigen Zunahme an politischer Freiheit – die wirklichen Lockerungen wurden erst im Februar umgesetzt, knapp zwei Monate vor der Wahl – mehr profitiert, als die meisten Beobachter und wahrscheinlich auch die meisten Mitglieder der Partei selbst erwartet hatten. Noch zu Beginn des Jahres galt die Partei als strategisch und programmatisch schwach. Dass die beiden Flügel der Partei, die sich 2005 gespalten hatte, trotz mehrfacher Anläufe nicht in der Lage waren, sich zu vereinen, hatte zu einem massiven Ansehensverlust bei vielen Anhängern geführt. So konkurrierten in einigen Wahlkreisen Kandidaten der beiden MDC-Flügel miteinander und erhöhten dadurch die Chancen des jeweiligen Kandidaten der regierenden ZANU-PF. Zudem schien Morgan Tsvangirai wenig motiviert zu sein, überhaupt an der Wahl teilzunehmen, im Januar sprach er noch von einem möglichen Wahlboykott des MDC und öffentliche Veranstaltungen der Partei waren – auch wegen der staatlichen Repressionen – nicht gut besucht.

Im Februar kam dann die überraschende Wende: Makonis Kandidatur und die Lockerungen der staatlichen Repression rissen den MDC und seine Anhänger scheinbar aus ihrer Lethargie: Tsvangirai schien plötzlich dynamischer und begann durch das Land zu touren. Plötzlich kamen Tausende zu seinen Wahlkampfveranstaltungen, der MDC wurde von einer Mobilisierungswelle erfasst.

So kam es Ende März dann zu dem Wahlergebnis, von dem viele nicht einmal geträumt hatten: Der MDC-Tsvangirai kam auf 99 Parlamentssitze, die ZANU-PF hingegen nur auf 97 Sitze. Mit den 10 Sitzen für den zweiten MDC-Flügel hatte die Opposition also eine komfortable Mehrheit erreicht. Bei den Senatswahlen ergab sich ein Gleichstand: hier erreichten beide MDC-Flügel mit gemeinsam 30 Sitzen (24 Sitze gingen an den MDC Tsvangirai, 6 an den MDC Mutambara) die gleiche Sitzanzahl wie die regierende Partei.

Natürlich wurden die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen mit der größten Spannung erwartet – um so mehr fingen die Gerüchte an zu kursieren, als die Wahlkommission die Bekanntgabe der Ergebnisse dieser Wahl weiter und weiter hinauszögerte. Erst fünf Wochen nach den Wahlen wurde bekannt, dass Tsvangirai zwar auch die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte, ihm aber die laut Verfassung notwendigen 50+ Prozent fehlten. Er war auf 47,9 Prozent gekommen, für Mugabe hatten 43,2 Prozent der Wähler gestimmt.

Die Reaktion der ZANU-PF auf das Wahlergebnis

Nach dem Verlust der Parlamentsmehrheit und Mugabes schlechtes Abschneiden bei den Präsidentschaftswahlen wurden laut Insidern innerhalb der ZANU-PF zwei Optionen diskutiert: Die Niederlage eingestehen und in Verhandlungen mit dem MDC über eine Teilung der Macht eintreten. Oder eine Stichwahl durchführen und dafür sorgen, dass diese von Mugabe gewonnen wird, um an der Macht zu bleiben.

Nach wochenlangem Ringen über die einzuschlagende Strategie – dies war wahrscheinlich der Grund für die so lange nicht bekannt gegebenen Wahlergebnisse – haben sich offensichtlich die „hardliner“ durchgesetzt. Einer der Gründe für die Weigerung, die Macht zu teilen, war die Sorge vieler ZANU-PF Politiker, Militärs und Sicherheitskräfte vor juristischen Konsequenzen für die unter Mugabe begangenen Menschenrechtsverletzungen. Zu dieser Einschätzung kommt auch ein Report des südafrikanischen Human Science Research Councils: „However, a prospective power-sharing deal based on ZANU-PF's electoral defeat neither offered guarantees for the long-term survival of the party nor the security of the military, the police, the green bombers militias against prosecution under the new government for alleged abuses against civilians“¹⁶. Moderatere Kräfte innerhalb des Regimes, wie Vizepräsidentin Joyce Mujuru und ihr Mann, der ehemalige Militärführer Solomon Mujuru,

die für die Verhandlungslösung mit dem MDC unter Vermittlung Thabo Mbekis stimmten, konnten sich nicht durchsetzen. Statt dessen wurde die Verantwortung für die Organisation der Stichwahl an den „hardliner“ Emmerson Mnangagwa, Minister für ländlichen Wohnungsbau, und die mit ihm Verbündeten Militärs übertragen. Diese wählten eine Strategie der Gewalt: Mit „Strafaktionen“ gegen MDC-Anhänger wurden Wähler eingeschüchtert und die Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit der Opposition gestört, teilweise kam sie ganz zum Erliegen.

Die Präsidentenwahl vom 27. Juni 2008

Im Vorfeld der geplanten Stichwahl zwischen Mugabe und Tsvangirai nahm die Gewalt gegen MDC-Aktivisten und ihre vermeintlichen Unterstützer massiv zu. Das Militär, so genannte Kriegsveteranen und die berüchtigten Jugendmilitizen, genannt „green bombers“, wurden mobilisiert, um die Zivilbevölkerung zu terrorisieren. Vor allem in Regionen, die traditionell als Hochburgen der Regierungspartei galten und in denen erst bei den letzten Wahlen für die Opposition gestimmt wurde, wurden massive „Strafaktionen“ und „Umerziehungsmaßnahmen“ durchgeführt. Jeder, der als Sympathisant des MDC bekannt war, musste damit rechnen, dass nachts bewaffnete Banden in sein Haus eindringen. Menschen wurden systematisch aus dem Schlaf gerissen, zusammengeschlagen, und –im schlimmsten Fall – verschleppt, schwer miss-

handelt und ermordet. Bei MDC-Anhängerinnen oder weiblichen Familienmitgliedern von Oppositionspolitikern wurden auch Vergewaltigungen als politische Strafmaßnahme bzw. Einschüchterungsmethode angewandt.

Nach Angaben des MDC wurden im Vorfeld der Wahlen 86 ihrer Anhänger und Parteimitglieder ermordet und 200.000 Menschen verloren auf der Flucht vor der Gewalt ihr zu Hause.

Während auf dem Land großflächig und teilweise wahllos Gewaltaktionen verübt wurden, ging man in den Städten gezielter vor. Hier wurden vor allem politische Aktivisten, Lehrer, Anwälte, Gewerkschaftsmitglieder und andere Personen, die mit oppositionellen Aktionen in Verbindung gebracht wurden, Ziel der Angriffe. Viele von ihnen wurden verhaftet, tagelang verhört und geschlagen und anschließend wieder frei gelassen.

Weitere Maßnahmen, die einen Sieg Tsvangirais verhindern sollten, waren die Nichtauslieferung von Nahrungsmittelhilfe in oppositionellen Hochburgen, das Verbot von Wahlkampfveranstaltungen des MDC sowie das Verbot, Anzeigen zu schalten.

Wenige Tage vor dem Wahltermin zog Tsvangirai seine Kandidatur zurück. Er erklärte, dass er es nicht verantworten könne, dass seine Anhänger mit ihrer Wahl ihr Leben riskierten: „We in the MDC cannot ask them to cast their vote on

27 June, when that vote could cost them their lives“¹⁷. Trotz steigendem internationalen Druck, die Wahlen zu verschieben oder abzusagen, hielt die staatliche Wahlkommission ZEC (Zimbabwe Electoral Commission) an dem Termin im Juni fest. Mugabe gewann die Wahlen ohne Gegenkandidaten mit 85,5 Prozent. Er wurde noch am selben Tag für weitere 5 Jahre als Präsident vereidigt. Tsvangirai, dessen Bild auf den Wahlzetteln verblieben war, weil sein Rückzug zu spät stattfand, um neue Wahlunterlagen zu drucken, errang 9,3 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung war mit 43 Prozent für simbabwische Verhältnisse sehr gering und die Anzahl der unbrauchbar gemachten Stimmzettel war hoch.

Welche Optionen bleiben?

Die Wahlen wurden regional und international verurteilt. während die Kritik des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon, der die Präsidentschaftswahl als „nicht rechtmäßig“ bezeichnete, zu erwarten war, so hat das deutlich Urteil der Beobachter der traditionell Mugabe-freundlichen Regionalorganisation SADC (Southern African Development Community) viele überrascht: „The election did not represent the will of the people“¹⁸ verkündete der angolische Sport- und Jugendminister Jose Marcos Barrica, der die Wahlbeobachterkommission leitete. Obwohl sich einige SADC-Mitglieder schon seit mehreren Monaten zunehmend kritisch geäußert

hatten, insbesondere Sambia, Tansania und Botswana, hatten andere Mitglieder, wie Angola, Namibia und Südafrika, stets deutliche Worte vermieden. Das Urteil der Beobachtermission war demnach ein sehr deutliches Zeichen an die ZANU-PF und Mugabe, dass es mit der Geduld der Nachbarstaaten zu Ende war. Zugleich wuchs der Druck auf den SADC-Vermittler Thabo Mbeki, der wegen seiner „sanften“ Haltung gegenüber Mugabe international immer deutlicher kritisiert wurde. Angesichts der Tatsache, dass seine „quiet diplomacy“ trotz zahlreicher Reisen nach Harare und wiederholter Treffen simbabwischer Regierungs- und MDC-Vertreter in Pretoria die Gewalt nicht hatte verhindern können, war nicht nur der Vermittlungsprozess, sondern vor allem Mbeki selbst in Misskredit geraten.

Mbekis Vermittlermission drängte nach den Wahlen beide Seiten dazu, neue Gespräche über eine Übergangsregierung aufzunehmen. Diese verzögerten sich allerdings zunächst, weil der MDC und die ZANU-PF diese Gespräche an immer neue Vorbedingungen knüpften. Die wichtigste Bedingung der ZANU-PF war die Anerkennung Mugabes als legitimes Staatsoberhaupt. Der MDC wiederum verlangte zunächst ein Ende der Gewalt, die noch immer von staatlichen Sicherheitskräften gegen Oppositionelle ausgeübt wurde. Weiterhin verlangte der MDC einen zusätzlichen Vermittler, der von der Afrikanischen Union entsandt werden sollte, weil die

Partei Mbeki nicht mehr als neutralen Mediator anerkennen würde.

Dennoch gelang Mbeki am 21. Juli ein Durchbruch: Tsvangirai und Mugabe kamen unter seiner Vermittlung zum ersten Mal seit zehn Jahren zu einem gemeinsamen Treffen zusammen und unterzeichneten medienwirksam eine Absichtserklärung über gemeinsame Verhandlungen über eine Übergangsregierung. Dieser Schritt hatte eine große symbolische Wirkung: die regionalen Medien feierten ihn als Anfang vom Ende des Niedergangs des Landes. Ob dieser Optimismus angemessen ist, bleibt abzuwarten. Ende Juli waren die wichtigsten Fragen noch nicht geklärt: Wie lange wird die Übergangsregierung im Amt bleiben, wird es Neuwahlen geben, wer leitet die Regierung, wer soll die Armee und die Sicherheitskräfte kontrollieren?

Während der MDC bereit zu sein scheint, einen zeremoniellen Präsidenten Mugabe für eine weitere Amtsperiode zu tolerieren, wenn die Regierungsgeschäfte von Tsvangirai geleitet werden können, ist es nicht klar, ob Mugabe und seine Verbündeten sich darauf einlassen werden. Die kommenden Wochen werden zeigen, wie viele Zugeständnisse der MDC machen müssen wird, damit er die Regierung übernehmen kann. Die Straffreiheit für diejenigen, die unter Mugabe schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben, wird auf der Verhandlungsliste sehr weit oben rangieren.

Länderbericht Namibia

Eines der wichtigsten Ereignisse in der namibischen Politik des vergangenen Jahres war die Gründung der neuen Oppositionspartei RDP (Rally for Democracy and Progress). Die Neugründung, die kurz vor dem SWAPO-Parteitag Anfang November 2007 stattfand, hat für einiges Aufsehen gesorgt. Denn bei den Initiatoren der neuen Partei handelt es sich um ehemalige, hochrangige SWAPO-Politiker, die ihren Schritt mit einer Grundsatzkritik an der Politik der regierenden Partei begründeten. Die SWAPO reagierte auf die neue Konkurrenz extrem harsch – vor allem die SWAPO Jugendliga und Lokalpolitiker der SWAPO im Norden des Landes verunglimpften die neuen Mitglieder der Partei und bedrohten deren potenzielle Wähler. Insgesamt ist das politische Klima rauer geworden, auch zivilgesellschaftliche Organisationen konstatierten eine Zunahme von Anfeindungen seitens der regierenden Partei und ihrer Organisationen. Dies ist um so bedauerlicher, als sich seit dem Abgang von Altpräsident Sam Nujoma und der Machtübernahme des neuen Präsidenten Hifikepunye Pohamba zunächst ein deutlich entspannteres Verhältnis zwischen der Regierung, Opposition und Zivilgesellschaft abgezeichnet hatte.

Die Gründung der RDP

Die RDP wurde am 2. November 2007 als neue Partei von der namibischen Wahlkommission

zugelassen. Zu den prominentesten Leitfiguren der neuen Partei zählen der ehemalige Handels- und Industrieminister Jesaya Nyamu und das SWAPO Schwergewicht Hidipo Hamutenya, ehemaliger Außenminister, der lange als Nachfolger Nujomas gehandelt wurde. Der RDP-Gründung gingen harte Flügelkämpfe innerhalb der SWAPO voraus. Hamutenya war 2004, kurz vor einem SWAPO-Parteitag, überraschend von Nujoma als Außenminister entlassen worden. Offensichtlich hatte Nujoma ihm verübelt, dass er sich als Präsidentschaftskandidat nominieren lassen wollte, obwohl Nujoma den heutigen Präsidenten Pohamba als seinen Nachfolger auserkoren hatte. Nyamu wurde 2005 aus allen Ämtern entlassen und von der Partei ausgeschlossen, nachdem ein Memorandum von ihm entdeckt worden war, in dem unter anderem die Gründung einer neuen Partei erwogen wurde, falls es zu keiner personellen Erneuerung der Führungsstruktur der SWAPO komme. Beide Politiker hatten also den Machtkampf innerhalb der SWAPO gegen das Nujoma-Lager verloren. Sie galten als innerparteiliche Reformer und hatten zahlreiche Anhänger, so dass einige Beobachter bereits 2004 eine Spaltung der SWAPO voraussagten. Aber zunächst verstand es die alte Parteiführung, ihre Kritiker politisch zu marginalisieren. So erhielt Hamutenya, einer der bis dahin prominentesten SWAPO-Politiker, 2004 einen fast aussichtslosen Listenplatz und kam nur noch als Nachrücker ins Parlament.

Drei Jahre später erklärte Hamutenya auf einer Pressekonferenz im November 2007 seinen Partiaustritt – und mit ihm eine Reihe anderer prominenter SWAPO-Mitglieder, wie etwa die ehemalige stellvertretende Ministerin für das Gefängniswesen, Michaela Hübschle. Viele von ihnen traten wenig später der RDP bei. Hamutenya erklärte nach seinem RDP-Beitritt, dass die Zeit für einen neuen Politikstil gekommen sei, „ohne Autokratie und Personenkult“. Er kündigte an, dass die neue Partei sich besonders dem Problem der Arbeitslosigkeit sowie des desolaten Zustands des Bildungssystems annehmen werde. Dennoch stellten sich viele Beobachter die Frage, ob sich die RDP wirklich zu einer programmatische Alternative zur SWAPO entwickeln würde oder ob eher eine Art „SWAPO light“ entstanden war, von Politikern gegründet, deren Karriere ansonsten zu Ende gewesen wäre.

Die Reaktion der SWAPO

Die Swapo war durch die Gründung der RDP alarmiert. Neben einer regelrechten Rufmordkampagne gegen die neuen RDP-Politiker wurde nach Aussage der RDP-Führung Sympathisanten der Partei im öffentlichen Dienst und in staatseigenen Betrieben mit Entlassung gedroht, falls sie sich nicht öffentlich von der RDP distanzieren. Da für die Registrierung einer neuen Partei in Namibia eine Liste mit mindestens 700 Namen von Unterstützern bei der Wahlkommis-

sion vorgelegt werden muss, war es nicht schwer, die Sympathisanten zu ermitteln. In den Wochen nach der RDP-Gründung wurden von der SWAPO mehr und mehr Namen von Personen lanciert, die angeblich mit der RDP sympathisierten, diese wurden als Landesverräter und Marionetten des Westens beschimpft. Die Jugendorganisation der SWAPO forderte zudem die Entlassung des Managements der öffentlichen Rundfunkanstalt NBC (Namibian Broadcasting Corporation), weil diese angeblich mit der RDP sympathisiere und überproportional über deren Veranstaltungen berichte. So wurde der Leiter der Youth League mit den Worten zitiert, dass die SWAPO den NBC davor bewahren müsse: „...from being turned into a mouthpiece of an unelected political party which seeks to derail the gains of independence“¹⁹. Neben diesen meist rhetorischen Attacken kam es im Zusammenhang mit Lokalwahlen auch zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Swapo- und RDP-Anhängern im Norden des Landes. Nach Aussagen von Vertretern zivilgesellschaftlicher Gruppen versuchten lokale SWAPO-Funktionäre im Vorfeld der Wahlen außerdem die Wähler mit Drohungen einzuschüchtern und „auf Linie“ zu bringen.

Politische Parteien und der ethnische Faktor

Ein Grund, warum die SWAPO trotz ihrer komfortablen Zweidrittelmehrheit so empfindlich auf die RDP reagiert, ist der ethnische Faktor. In den

SWAPO- Hochburgen im Norden des Landes, in denen die Bevölkerungsmehrheit der Ovambos lebt, konnte bisher keine Oppositionspartei ernsthaft Stimmen erringen.

So hatte die 1999 gegründete Partei CoD (Congress of Democrats), die sich ebenfalls aus unzufriedenen SWAPO-Dissidenten konstituierte, keine Chance bei der ländlichen Bevölkerung in den so genannten O-Regionen. Der Parteichef des CoD, der ehemalige Botschafter Namibias in Großbritannien, Ben Ulenga, stammt zwar auch aus dem Norden, er hatte dort aber nie eine starke Verankerung. Die Partei wurde hauptsächlich von den neuen städtischen Mittelklassen gewählt, die von der Politik der SWAPO enttäuscht waren. Nach einem viel versprechenden Start im Jahr 1999 katapultierte sie sich selbst ins Abseits, indem sie sich in innerparteiliche Machtkämpfe verstrickte und 2007 schließlich teilte.

Alle anderen Parteien Namibias haben eine mehr oder weniger abgegrenzte ethnische Basis – und können daher aufgrund der Bevölkerungsverteilung nie eine ernsthafte Bedrohung für die SWAPO werden. So besteht die Wählerschaft der NUDO (National Unity Democratic Organisation) mit ihrem Anführer, Chief Kuiama Riruako, mehrheitlich aus Herero. Die UDF (United Democratic Front) rekrutiert ihre Anhänger aus den Reihen der Damara und die DTA (Demokratische Turnhalle Allianz) hat noch immer eine große Anhängerschaft in der weißen Wählergruppe, wobei sie auch von anderen Gruppen,

insbesondere Hereros, gewählt wird. Dieses Phänomen der „Identity Politics“ hat nach Ansicht von Experten in den letzten Jahren eher zugenommen: „It should be a challenge to national leaders to ensure citizens identify themselves as Namibias. We have been seeing the reverse“²⁰.

Die SWAPO scheint zu befürchten, dass die neue RDP von dieser Situation profitieren könnte. Ihr Vorsitzender Hamutenya stammt aus einer der „O-Regionen“ (Ohangwena) des Nordens, und ist dort hoch angesehen. Eine Untergruppe der Ovambo, die Kwanyama, lebt mehrheitlich in dieser Region. Viele Kwanyama hatten gehofft, dass Hamutenya der neue Präsident werden würde und sind nun enttäuscht von der SWAPO. Ironischerweise wirft nun die SWAPO, die die ethnische Loyalität der Ovambo stets für die Partei genutzt hat, der RDP „Tribalismus“ vor. Die Darstellung der RDP als Kwanyama-Partei wird von dieser natürlich dementiert. Es würde auch strategisch keinen Sinn machen, sich nur auf eine der vier O-Regionen zu verlassen, wenn die RDP bei den Wahlen 2009 gut abschneiden will. Neue prominente Mitglieder der Partei aus der Caprivi-Region deuten in der Tat auf eine breitere Basis hin. Ob sie dennoch die große Vormachtstellung der SWAPO im Norden aufbrechen kann, bleibt abzuwarten. Bei Lokalwahlen in einer Gemeinde in Nordnamibia Ende März gewann die SWAPO mit überragender Mehrheit – die RDP führte das auf die Einschüchterungen der SWAPO zurück, die in die-

ser ländlichen Gegend eine hohe Wirkung gehabt hätten.

Die Rolle der Medien und der Zivilgesellschaft

Obwohl der Umgang mit der Opposition und mit Kritikern aus den eigenen Reihen von Seiten der SWAPO zum Teil an die autoritären Methoden der ZANU-PF in Simbabwe erinnert, so handelt es sich überwiegend um verbale Attacken – in der Regel bleibt es beim „Säbelrasseln“. Dies zeigt, dass das Politikverständnis der SWAPO noch immer stark von dem Freund-Feind-Denken aus der Zeit der Befreiungsbewegung geprägt ist. Anders als in Simbabwe existiert in Namibia jedoch ein hoher Grad an Meinungsfreiheit, und die Zivilgesellschaft kann weitgehend frei agieren. Nur im ländlichen Norden gibt es für zivilgesellschaftliche Gruppen Einschränkungen, offene Kritik an der Politik der Regierung wird von den lokalen Funktionären hier selten toleriert.

Da die parteipolitische Opposition bisher programmatisch schwach ist und meistens keine wirklichen politischen Alternativen zum Programm der SWAPO präsentieren kann, ist die Rolle der Medien und der Zivilgesellschaft um so wichtiger für die namibische Demokratie. So spielen beide eine wichtige Funktion als „watchdog“ der Regierung, decken Korruptionsskandale auf und fungieren als Sprachrohr für die vielen

Namibier, die nach wie vor unter Armut und der mangelhaften sozialen Infrastruktur des Landes leiden.

Die sozio-ökonomische Lage

Kritik an der Arbeit der SWAPO-Regierung von Seiten der Zivilgesellschaft und den Medien scheint angesichts der sozio-ökonomischen Situation, in der sich große Teile der namibischen Bevölkerung befinden, angebracht. Denn die sozialen Probleme des Landes sind gravierend: Nach dem „Human Development Report“ des UNDP haben sich die Daten für die Menschliche Entwicklung in Namibia in den letzten Jahren verschlechtert²¹. So ist die Lebenserwartung von 61 Jahren im Jahr 1991 auf 49 Jahre (2001) zurückgegangen und seither weiter gefallen. Obwohl in einigen Bereichen wie beim Grundeinkommen Fortschritte erzielt wurden, werden diese Erfolge durch die sinkende Lebenserwartung weitgehend zunichte gemacht und wirken sich daher nicht im Hinblick auf eine Trendwende in der sozialen Entwicklung des Landes aus. Hauptursache für die niedrige Lebenserwartung ist die weite Verbreitung der Immunschwächekrankheit Aids. Namibia gehört wie Südafrika und Simbabwe zu den fünf Ländern mit der weltweit höchsten Aids-Infektionsrate. Der Anteil der Infizierten liegt derzeit etwa bei 20 Prozent (2007), in der Caprivi-Region bei über 40 Prozent. Durch die hohe Infektionsrate bei Studenten werden dem Arbeitsmarkt zukünftig beson-

ders viele Hochqualifizierte Kräfte verloren gehen. Zugleich leidet das Land unter einer hohen Arbeitslosigkeit (offizielle Zahl für 2003: 35 Prozent)²², da viele der Arbeitssuchenden keine qualifizierende Ausbildung und häufig nicht einmal einen Schulabschluss haben. Da gleichzeitig die Zahl der Schulabbrecher sehr hoch ist und Bildungsexperten die geringe Qualität der Schulbildung bemängeln, gehört das Bildungspolitik zu den Bereichen, in denen die Regierung besonders schlechte Noten von der Öffentlichkeit verliehen bekommt.

Ausblick

Wie in Südafrika hat sich auch in Namibia die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Leistungen der Regierung in vielen Bereichen bisher nicht auf die Zustimmung für die regierende Partei ausgewirkt. Auch für die Wahlen 2009 steht zu erwarten, dass die Bevölkerungsmehrheit weiter für die SWAPO stimmen wird – die Identifikation mit der Partei, die das Land von der Apartheid befreit hat, ist nach wie vor enorm hoch. Ob die neue RDP eine Chance hat, wenigstens eine starke Oppositionspartei zu werden, hängt auch davon ab, wie frei sie in den kommenden Monaten agieren können wird. Bisher hat sich die SWAPO weitgehend an die demokratischen Spielregeln der namibischen Verfassung gehalten. Es bleibt abzuwarten, ob die Anfeindungen gegen die RDP mit der Zeit abnehmen und man sich an den neuen Konkurrenten gewöhnt, oder

ob die politischen Freiheiten, die die namibische Demokratie bisher ausgezeichnet haben, dauerhaft beschnitten werden. Der neue Präsident Pohamba hat sich einen guten Ruf als „versöhnlicher“ Regierungschef erworben, der zwar der alten SWAPO-Generation angehört, jedoch deutlich liberaler ist als sein Vorgänger. Nachdem Nujoma auf dem Parteitag im November nun auch den Parteivorsitz an Pohamba abgegeben hat, hat dieser genug Möglichkeiten, sich gegen die „Falken“ in der SWAPO durchzusetzen. Es bleibt abzuwarten, ob er dies tun wird.

¹ In Polokwane wurde entschieden, dies zu ändern. Zukünftig sollen die ANC-Kandidaten für das Amt des Premierministers in den Provinzen von der Partei gewählt werden.

² So ein ANC-Mitglied, zitiert nach Financial Mail, 23, May 2008, P. 41.

³ Dies ist auch ein Grund für das neue Selbstbewusstsein einiger Parlamentarier: die Mbeki-Fraktion, die auf „Gehorsam“ gegenüber der Regierung getrimmt war und alles abnickte, ist dadurch erheblich geschwächt worden.

⁴ Bericht der nach der Vorsitzenden Richterin Sisi Khampepe benannten „Khampepe Commission“ unter www.thepresidency.gov.za

⁵ Christi van der Westhuizen in: The ANC guide to truncating democracy. In: Mail & Guardian, 18.02. 2008

⁶ Vgl. Financial Mail, May 23 2008, P. 42.

⁷ Von den windigen Holz- und Wellblechhütten in Alex sind die verspiegelten Bürotürme Sandtons gut zu sehen, und die riesigen Luxusshoppingmalls und Villen der wohlhabenden Südafrikaner sind nur ein paar Kilometer entfernt.

⁸ Viele der angegriffenen Migranten berichteten später, dass sie aufgefordert wurden, das Zulu-Wort für „Ellenbogen“ zu sagen, und dass sie angegriffen wurden, wenn sie das Wort nicht kannten oder das falsche Wort nannten.

⁹ Vincent Williams, 2008: Xenophobia in South Africa: Overview and analysis: in: Perspectives: Analysis and Commentary from Southern Africa, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung Südliches Afrika, 3/2008

¹⁰ Romi Fuller 2008: Double Jeopardy: Women migrants and refugees in South Africa. In Perspectives: Political analysis and commentary from Southern Africa, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung Südliches Afrika, 3/2008

¹¹ Vgl. Economist Intelligence Unit: South Africa's economy: June 4th 2008

¹² Vgl. Dave Marrs 2008: Perfect storm, In: Perspectives: Political analysis and Commentary from Southern Africa, Special edition: Energy, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung Südliches Afrika, 4/2008

¹³ Im Hinblick auf Sicherheitsfragen ist die südafrikanische Öffentlichkeit sehr viel weniger kritisch gegenüber Atomenergie als die deutsche.

¹⁴ Saliem Fakir 2008: The Renewable: Just lip service?: In Perspectives: Political Commentary from Southern Africa 4/2008, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, Regionalbüro Südliches Afrika

¹⁵ Vgl. Reuters AlertNet: Zimbabwe Crisis: http://www.alertnet.org/db/crisisprofiles/ZW_CRI.htm

¹⁶ Human Science Research Council and Africa Policy Institute, 2008: Saving Zimbabwe. An Agenda for Democratic Peace, S. 10, 10 July 2008, Pretoria

¹⁷ Morgan Tsvangirai am 22.06.2008 zit. nach BBC News: Mugabe rival quits election race: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7467990.stm>

¹⁸ Zit nach: AllAfrica.com: SADC Observer Mission Says Elections were undemocratic. July 1st 2008: <http://allafrica.com/stories/200807010201.html>

¹⁹ In: The Namibian 2008: "RDP gets under SPYL's Skin, NBC rapped over coverage", 24.01.2008

²⁰ Phaniel Kaapama, 2008, zit. nach: Insight Namibia: The election campaign starts two years early, February 2008, S. 17.

²¹ Vgl. United Nations Development Programme 2007: Trends in Human Development and Human Poverty in Namibia, October 2007

²² Vgl. EISA, Namibia Fact File 2007: <http://www.eisa.org.za/WEP/nam1.htm>